



## Niederschrift

### **16-016. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses**

**am Freitag, 30.11.2007**, 08:05 Uhr bis 11:00 Uhr, im Sitzungssaal "Bergstraße" des Landratsamtes (Neubau) in Heppenheim

### Tagesordnung

- |           |  |
|-----------|--|
| Punkt 1   | Rettungsdienst Kreis Bergstraße  |
| Punkt 1.1 | Rettungsdienst - Feststellung des Jahresabschlusses 2006<br>Vorlage: 16-0637   |
| Punkt 1.2 | Rettungsdienst - Prüfung des Jahresabschlusses 2007<br>Vorlage: 16-0749  |
| Punkt 1.3 | Rettungsdienst - Wirtschaftsplan 2008<br>Vorlage: 16-0748  |
| Punkt 2   | Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft - Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2008<br>Vorlage: 16-0622  |
| Punkt 3   | Eigenbetrieb Neue Wege Kreis Bergstraße  |
| Punkt 3.1 | Eigenbetrieb Neue Wege Kreis Bergstraße; hier Jahresabschluss des Wirtschaftsjahres 2006<br>Vorlage: 16-0767   |
| Punkt 3.2 | Eigenbetrieb Neue Wege Kreis Bergstraße; hier Wirtschaftsplan 2008<br>Vorlage: 16-0721   |
| Punkt 4   | Frauenförderplan und Maßnahmen zur Chancengleichheit in der Kreisverwaltung Bergstraße, im Eigenbetrieb Rettungsdienst und im Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft für die Jahre 2007 bis 2012<br>Vorlage: 16-0782 |
| Punkt 5   | Reaktivierung Überwaldbahn für touristische Nutzung (Draisine)<br>Vorlage: 16-0783   |
| Punkt 6   | Veräußerung der kreiseigenen Liegenschaft Darmstädter Straße 269 in Bensheim-Auerbach<br>Vorlage: 16-0780  |
| Punkt 7   | Beteiligung des Kreises Bergstraße an der Internationalen Standortmarketinggesellschaft FrankfurtRheinMain GmbH<br>Vorlage: 16-0796  |

- Punkt 8 Entlastungserteilung für die Rechnungsführung des Kreises Bergstraße im Haushaltsjahr 2005  
Vorlage: 16-0770
- Punkt 9 Stellungnahme des Ausschusses zu den Entwürfen
- Punkt 9.1 Investitionsprogramm des Kreises Bergstraße für den Planungszeitraum 2008 bis 2011  
Vorlage: 16-0714
- Punkt 9.2 Erlass der Haushaltssatzung des Kreises Bergstraße für das Haushaltsjahr 2008  
Vorlage: 16-0784
- Punkt 9.2.1 Sicherstellung der Mittagsverpflegung von Kindern "mit Hartz IV Hintergrund"; hier: Prüfauftrag in Bezug auf den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 29. Oktober 2007  
Vorlage: 16-0727/2
- Punkt 9.3 Stellenplan für das Haushaltsjahr 2008  
Vorlage: 16-0774
- Punkt 9.4 Haushaltskonsolidierungskonzept 2008 bis 2011  
Vorlage: 16-0781
- Punkt 10 Verschiedenes; Anfragen und Mitteilungen
- Punkt 10.1 Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen; hier: Sozialplanungsgremium des Kreises

**Anwesende:**

**Ausschussvorsitzender:**

Schneider, Gottfried CDU

**Ausschussmitglieder:**

Gärtner, Karin	CDU	in Vertretung für Gisela Metzger
Kunkel, Joachim	CDU	
Rieger, Heinz	CDU	ab TOP 7 in Vertretung für Dr. Ulrich Vonderheid
Roeder, Oliver	CDU	
Dr. Vonderheid, Ulrich	CDU	ab TOP 7 vertreten durch Heinz Rieger
Buschmann, Irma	SPD	in Vertretung für Jürgen Kaltwasser
Fiedler, Josef	SPD	
Hartmann, Karin	SPD	ab zeitweise TOP 8 vertreten durch Katrin Hechler
Hechler, Katrin	SPD	ab zeitweise TOP 8 in Vertretung für Karin Hartmann
Herbert, Gerhard	SPD	
Ruoff, Jochen	GRÜNE	
Berbner, Ingrid	FWG	
Hunnius, Roland von	FDP	

**Fraktionsvertreter mit beratender Stimme (§ 62 Abs. 4 HGO i. V. mit § 33 HKO):**

Hoch, Haymo REP

**Kreisausschuss:**

Metz, Thomas, EKB CDU

Knapp, Kurt CDU

Ohl, Gottlieb FDP

**Gast:**

Herr Hambsch Moore Stephens Treuhand AG

**Verwaltung:**

Goliasch, Gerhard Finanz- und Rechnungswesen

Medert, Martin Finanz- und Rechnungswesen

Juch, Andreas Finanz- und Rechnungswesen

Herz, Susanne Frauenbeauftragte

Grabowski, Peter Eigenbetrieb Rettungsdienst (zu TOP 1)

Burelbach, Rainer Eigenbetrieb Neue Wege (bis TOP 3)

Seliger, Peter Controlling (ab TOP 9)

**Schriftführer:**

Fasser, Helmut Kreistagsbüro und Büro des Kreisausschusses

Der Ausschussvorsitzende eröffnete um 08:05 Uhr die 16-016. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses, begrüßte die Erschienenen, und stellte die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Einwendungen gegen Ladung und Tagesordnung wurden nicht erhoben.

Der Vorsitzende informierte über die Verhinderung des Landrats an der heutigen Sitzungsteilnahme und dessen Bitte, über die Punkte 2, 5, 7 und 9.3 in der nächsten Sitzung am 7. Dezember 2007 zu beraten. Wenn zeitlich möglich, könne schon heute im berechtigten Interesse der Verwaltung über den Haushalt beraten werden. Abgeordneter Ruoff erklärte hierzu, angesichts zweier planmäßiger Sitzungstermine sei man von einer Haushaltsberatung in der zweiten Sitzung ausgegangen, vor der noch eine Klausurtagung seiner Fraktion stattfinde.

Sodann wurde in die Beratung der Tagesordnung eingetreten.

**Tagesordnung**

**Punkt 1: Rettungsdienst Kreis Bergstraße**

**Punkt 1.1: Rettungsdienst - Feststellung des Jahresabschlusses 2006  
Vorlage: 16-0637**

**Beschluss:**

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

"Der Kreistag nimmt von den beigefügten Unterlagen Kenntnis und stellt gemäß § 27 Abs. 3 in Verbindung mit den §§ 5 Nr. 11 und 30 Eigenbetriebsgesetz den Jahresabschluss zum 31.12.2006 des Rettungsdienstes Kreis Bergstraße fest. Von dem Bilanzgewinn in Höhe von 22.007,64 € werden 12.000 € in eine Rücklage zum Ausgleich von Baumehrkosten eingestellt, 1.200 € an den Kreis ausgeschüttet und 8.807,64 € auf neue Rechnung vorgetragen. Weiterhin werden der Gebührenausgleichsrücklage 25.000 € entnommen und in die Rücklage zum Ausgleich von Baumehrkosten eingestellt."

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig.

**Punkt 1.2: Rettungsdienst - Prüfung des Jahresabschlusses 2007  
Vorlage: 16-0749**

**Beschluss:**

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

"Der Kreistag beauftragt die Moore Stephens Treuhand AG / Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Mannheim, mit der Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2007 nebst Lagebericht des Rettungsdienstes Kreis Bergstraße."

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig.

**Punkt 1.3: Rettungsdienst - Wirtschaftsplan 2008  
Vorlage: 16-0748**

**Beschluss:**

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

"Der Kreistag beschließt gemäß § 29 Abs. 1 HKO i.V.m. §§ 5 Nr. 4 und 30 EigBGes den der Vorlage 16-0748 als Anlage beigefügten Wirtschaftsplan 2008 mit Finanzplan 2007 bis 2011 für den Rettungsdienst Kreis Bergstraße.

Im Erfolgsplan werden die Erträge auf 1.142.000 € und die Aufwendungen auf 1.128.000 € und im Vermögensplan die Einnahmen und Ausgaben auf je 84.000 € festgesetzt.

Die Aufwendungen im Erfolgsplan sind gegenseitig deckungsfähig. Mehraufwendungen können in Höhe der Mehrerträge geleistet werden. Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben wird auf 100.000 € festgesetzt."

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig.

**Punkt 2: Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft - Wirtschaftsplan für das  
Wirtschaftsjahr 2008  
Vorlage: 16-0622**

Fragen aus der Mitte des Ausschusses wurden beantwortet (Ansätze für Personalaufwendungen, Energie, Ersatz nach Vandalismus und Einbrüchen) bzw. sollen in der nächsten Sitzung beantwortet werden (u. a. Aufwand/Pflegeaufwand für EDV).

Der Punkt wurde im Übrigen bis zur nächsten Sitzung am 7. Dezember 2007 zurückgestellt

**Punkt 3: Eigenbetrieb Neue Wege Kreis Bergstraße**

**Punkt 3.1: Eigenbetrieb Neue Wege Kreis Bergstraße; hier Jahresabschluss des Wirtschaftsjahres 2006  
Vorlage: 16-0767**

Der Ausschuss hat eingehend über den Jahresabschluss 2006 und den Prüfbericht der Wirtschaftsprüfer beraten.

Erster Kreisbeigeordneter Metz, Herr Burelbach (EB Neue Wege) und Herr Hamsch (Moore Stephens AG) beantworteten zahlreiche Fragen zum Inhalt des Berichtes.

Angesprochen wurden insbesondere:

- der Fortgang des Aufbaues der Verwaltung des Eigenbetriebs bzw. der ergriffenen Optimierungsmaßnahmen in den Arbeitsprozessen einschließlich der Neueinstellung von Personal sowie der Ausbildungsstand der Mitarbeiter,
- Forderungen des Bundes nach einem (auch rückwirkend) höheren Verwaltungskostenanteil der kommunalen Träger - statt bisher 6,3 nunmehr bis zu 12,6 % (von Optionskommune zu Optionskommune seien individuelle Festlegungen möglich; die Verhandlungen mit dem Bund seien noch nicht abgeschlossen; eine Risikovorsorge sei durch Rückstellungen getroffen),
- die Einschätzung der mündlichen Ausführungen der Prüfer in der Betriebskommission als im Einzelfall schärfer als im schriftlichen Prüfbericht (Herr Hamsch bezeichnete den Prüfbericht im Vergleich zu anderen Prüfberichten dennoch als sehr kritisch; seine zusätzlichen mündlichen Ausführungen in der Kommission seien als Empfehlungen hinsichtlich des Umgangs mit den an Bedarfsgemeinschaften gewährten Darlehen (Erfassung, Verwaltung, Bewertung) zu verstehen),
- die Antworten zu den Fragenkreisen 6 und 7 des Fragenkatalogs nach § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz und die Frage, ob deren Inhalte von dem seinerzeitigen Bericht des Revisionsamtes oder von eigenen Erkenntnissen der Prüfer geprägt sind (nach dem Worten von Herrn Hamsch sowohl als auch - in erster Linie würden eigene Kriterien angewandt und beachtet, ab er auch der Bericht des Revisionsamtes habe Berücksichtigung gefunden; Verbesserungen im Geschäftsablauf, auch in der Darlehensver-

waltung, seien nunmehr durch die in 2007 erfolgte Installierung des Programms Open-Prosoz und des Finanzbuchhaltungssystems Infoma zu erwarten; festgehalten werde, hinsichtlich der vergaberechtlichen Regelungen und deren Einhaltung gebe es unterschiedliche Sichtweisen; der Bund sei hinsichtlich des Optionsmodells zwar Vertragspartner des Kreises, das Land habe aber die Rechtsaufsicht - unterschiedliche Auffassung gebe es zwischen Land und Kreis auf der einen und dem Bund auf der anderen Seite hinsichtlich Freistellungen des Vergabewesens sowie hinsichtlich der Anwendung von § 16 Abs. 2 SGB II),

- eine möglich Rückgabe der Option oder auch Klageerhebung (diese Fragestellung wurde von Erstem Kreisbeigeordneten Metz als nicht relevant verneint, als notwendig dagegen vernünftige Regelungen für die künftige Zusammenarbeit mit dem Bund erachtet).

### **Beschluss:**

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Kreistag, gemäß § 27 Absatz 3 Eigenbetriebsgesetz den geprüften und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsmerk versehenen Jahresabschluss des Wirtschaftsjahres 2006 des Eigenbetriebes Neue Wege Kreis Bergstraße festzustellen.

### **Abstimmungsergebnis:**

8 Jastimmen, 4 Neinstimmen.

### **Punkt 3.2:**

**Eigenbetrieb Neue Wege Kreis Bergstraße; hier Wirtschaftsplan 2008  
Vorlage: 16-0721**

### **Beschluss:**

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Kreistag, gemäß § 5 Ziffer 4 Eigenbetriebsgesetz i. V. m. § 15 Eigenbetriebsgesetz, den von der Betriebsleitung aufgestellten Wirtschaftsplan 2008 des Eigenbetriebes Neue Wege Kreis Bergstraße zu beschließen.

### **Abstimmungsergebnis:**

8 Jastimmen, 4 Stimmenthaltungen.

### **Punkt 4:**

**Frauenförderplan und Maßnahmen zur Chancengleichheit in der Kreisverwaltung Bergstraße, im Eigenbetrieb Rettungsdienst und im Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft für die Jahre 2007 bis 2012  
Vorlage: 16-0782**

Auf Fragen aus der Mitte des Ausschusses gab Frauenbeauftragte Herz Erläuterungen zum Frauenförderplan allgemein und eine Einschätzung hinsichtlich der Erreichung der Zielvorgaben.

**Beschluss:**

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Kreistag, vorbehaltlich der Zustimmung der Personalvertretung, den Frauenförderplan 2007-2012 und die verbindlichen Zielvorgaben bis 2008 zu beschließen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig.

**Punkt 5:                      Reaktivierung Überwaldbahn für touristische Nutzung  
(Draisine)  
Vorlage: 16-0783**

Der Punkt wurde bis zur nächsten Sitzung am 7. Dezember 2007 zurückgestellt.

**Punkt 6:                      Veräußerung der kreiseigenen Liegenschaft Darmstädter  
Straße 269 in Bensheim-Auerbach  
Vorlage: 16-0780**

Nach kurzer Erörterung fasste der Ausschuss folgenden Beschluss:

**Beschluss:**

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss unterbreitet dem Kreistag folgenden Beschlussvorschlag:

"Der Kreistag beschließt, die kreiseigenen Grundstücke Gemarkung Auerbach, Flur 5, Flurstücke Nr. 1/1, 1/2 und eine Teilfläche des Flurstückes 1/3 mit insgesamt ca. 1.820 qm an den Verein für Kinderhauserziehung e.V. in Bensheim-Auerbach zum Kaufpreis von 750.000 € zu veräußern.

Ferner beschließt der Kreistag die verbleibende Teilfläche des Flurstückes 1/3 von mindestens 5.000 qm an die Firma DOMICILBAU Mainz-Objekte GmbH aus Worms zum Kaufpreis von 1.600.000 € zu veräußern.

Die Kosten der Rechtsgeschäfte tragen die Käufer."

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig.

**Punkt 7:                      Beteiligung des Kreises Bergstraße an der Internationalen  
Standortmarketinggesellschaft FrankfurtRheinMain GmbH  
Vorlage: 16-0796**

Der Punkt wurde bis zur nächsten Sitzung am 7. Dezember 2007 zurückgestellt.

**Punkt 8: Entlastungserteilung für die Rechnungsführung des Kreises Bergstraße im Haushaltsjahr 2005  
Vorlage: 16-0770**

Abgeordneter von Hunnius berichtete über die Prüfung der Jahresrechnung 2005 durch den Unterausschuss des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses am 21. November 2007.

Die im Unterausschuss erneuerte Forderung nach Informationen über den Umgang mit Prüfungsbemerkungen (auch der Vorjahre) und deren Abarbeitung wurde auch im Ausschuss aufgegriffen. Abgeordneter Ruoff erinnerte an den einstimmigen Beschluss des Kreistages vom 4. Dezember 2006. Kritik daran, ob überhaupt und bis wann sich aus den Prüfungsbemerkungen Veränderungen ergeben, wurde geäußert. Abgeordneter Fiedler nannte unter Hinweis auf insbesondere die letzten beiden Jahre dies als Grund dafür, dass die SPD-Fraktion der Entlastungserteilung nicht zustimmen werde.

Die Reflexion des Schlussberichtes in Bezug auf Umgang und Umsetzung mit und von Prüfungsbemerkungen wurde einvernehmlich vom Vorsitzenden und vom Finanzdezernenten zugesagt.

**Beschluss:**

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

"Nach dem Schlussbericht des Revisionsamtes zur Prüfung der Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2005 und nach den Feststellungen des Unterausschusses hat sich die Führung der Haushaltswirtschaft durch den Kreisausschuss im Haushaltsjahr 2005 nach den haushaltsrechtlichen Bestimmungen gerichtet. Verstöße gegen die Grundsätze einer geordneten Haushaltsführung sind nicht festgestellt worden.

Von dem nach §§ 38 (2) Nr. 5 und 42 (4) GemHVO der Jahresrechnung als Anlage beizufügenden Erläuterungsbericht wurde Kenntnis genommen.

Der Kreistag erteilt dem Kreisausschuss für die Haushaltsführung im Haushaltsjahr 2005 gemäß § 52 Hessische Landkreisordnung in Verbindung mit § 114 Hessische Gemeindeordnung in der jeweils gültigen Fassung Entlastung."

**Abstimmungsergebnis:**

7 Jastimmen, 4 Neinstimmen, 1 Stimmenthaltung.

**Punkt 9: Stellungnahme des Ausschusses zu den Entwürfen des Investitionsprogramms, Haushaltsplanes, Stellenplanes und Konsolidierungsprogrammes**

Die Abgeordneten Hechler und Ruoff monierten unbeschadet der Erörterung zur Tagesordnung zu Beginn der Sitzung das heutige Fehlen des Landrats insbesondere zu diesem und den nachfolgenden Tagesordnungspunkten. Als Chef der Kreisverwaltung sollte er die



Argumentationen in den Beratungen unmittelbar zur Kenntnis nehmen.

Unter Berücksichtigung der Gewichtung des Verhinderungstermins (Jahrestagung des Hessischen Landkreistages) hätte auch eine Verlegung der Sitzung in Erwägung gezogen werden können.

Der gesamte Punkt 9 sollte deshalb bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt werden. Ob die Beratungszeit dann allerdings ausreicht, sei sehr fraglich, da auch für diesen Termin schon eine weitere Verpflichtung für den Landrat und gegebenenfalls auch Ausschussmitglieder anstehe.

Vorsitzender Schneider bat, das Kreistagspräsidium möge sich in seiner nächsten Sitzung mit diesem Umstand beschäftigen. Bei rechtzeitiger Information hätte er gegebenenfalls noch reagieren können, nach erfolgter Einladung seien aber kaum noch Möglichkeiten gegeben.

Man verständigte sich schließlich darauf, heute mit den Beratungen zum Investitionsprogramm und Haushalt zu beginnen und, falls erforderlich, in der nächsten Sitzung fortzuführen.

Der Vorsitzende bat, umfangreichere Fragenkomplexe bereits heute oder alsbald der Verwaltung gegenüber zu benennen, damit verwaltungsseits die dann erforderlichen Vorbereitungen für die nächste Sitzung getroffen werden können.

**Punkt 9.1: Investitionsprogramm des Kreises Bergstraße für den Planungszeitraum 2008 bis 2011**  
**Vorlage: 16-0714**

Der Vorsitzende machte auf die Zuständigkeit und Verantwortlichkeit der Fachausschüsse für die sie betreffenden Teilhaushalte mit intensiver und abschließender Fachberatung und die von seiner eigenen Zuständigkeit abgesehen lediglich "globale" Abschlussberatung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses aufmerksam.

Besondere Fragen und Anregungen zum Investitionsprogramm gab es nicht. Angesprochen wurde die Praxis der Kreiszuwendungen im Rahmen der Sportförderung (frühere Investitionskostenzuschüsse).

Die abschließende Beschlussfassung wurde bis zur nächsten Sitzung am 7. Dezember 2007 zurückgestellt.

**Punkt 9.2: Erlass der Haushaltssatzung des Kreises Bergstraße für das Haushaltsjahr 2008**  
**Vorlage: 16-0784**

Zu Beginn der Beratungen wurde eine "Weiße Liste" zum Planentwurf mit Änderungen, die sich nach dem 29. Oktober 2007 ergeben haben, vorgelegt.

Ausgehändigt wurde ferner eine Informationsvorlage zum Thema "Sicherstellung der Mittagsverpflegung von Kindern 'mit Hartz IV Hintergrund'" mit dem Ergebnis des Prüfauftrags des Kreistages in Bezug auf den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 29. Oktober 2007 (siehe TOP 9.2.1).

Der Vorsitzende erinnerte auch hier an die im Zusammenhang mit dem ersten doppelten

Haushalt des Kreises im Kreistagspräsidium einvernehmlich geregelte Zuständigkeit der Fachausschüsse für die intensive und abschließend empfehlende Fachberatung zu den Teilhaushalten (Ausschuss für Schule und Soziales Teilhaushalte 2, 3, und 4, Ausschuss für Regionalpolitik und Infrastruktur Teilhaushalt 5, Haupt-, Finanz- und Personalausschuss Teilhaushalte 1 und 6) und die von seiner eigenen Zuständigkeit abgesehen lediglich "globale" Abschlussberatung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses über das Zahlenwerk.

Einvernehmlich beschäftigte sich der Ausschuss zunächst mit den Haushalt betreffenden grundsätzlichen Fragen und Themen, wobei Erster Kreisbeigeordneter Metz und die Vertreter der Verwaltung Auskünfte gaben:

- Stand der Schulden des Kreises (zur Beantwortung wurde u. a. auf Seite 445 = Anlage 4 des Planentwurfs verwiesen, wobei der Anteil von rd. 220 Mio. € für die Sale-and-lease-back-Transaktionen besonders zu betrachten und zu werten (von der Gesamtsumme abzuziehen) sei; hinzu komme der aktuelle Stand der Kassenkredite des Kreises von rd. 132 Mio. €; bei den Eigenbetrieben gebe es keine Kreditaufnahmen; der Schuldenstand werde sich in der Eröffnungsbilanz des Kreises übersichtlicher darstellen)
- Verständnisfragen zur Budgetierung und zur gegenseitigen Deckungsfähigkeit, sowie deren Begrenzung auf die Abteilungsebene
- Zustandekommen der Produktbeschreibungen, Ziele und Kennzahlen und Möglichkeiten deren Revision (der Prozess in der Verwaltung und in den Arbeitsgruppen pp. mit Beteiligung "der Politik") wurde erläutert; mit dem ersten doppischen Haushalt gelte es zunächst, Erfahrungen zu sammeln; danach werde es in einer Fortschreibung sicher Veränderungen geben, in die auch die Politik wieder eingebunden werde)
- Vergleichsmöglichkeiten zum bisherigen kameralen Haushalt (Vergleiche sind nur sehr eingeschränkt - "mit Tendenz gegen 0" - möglich, weshalb bewusst auf Vergleichszahlen, auch im Rahmen der Überleitungsmatrix vom kameralen zum doppischen Haushalt, verzichtet worden sei; auf politisch begründete Ansätze werde aber schon jetzt näher eingegangen; erste Vergleiche seien ab 2009 jahrgangsweise aufbauend möglich; im Kreistagspräsidium sei dazu auch über die dann möglich werdende qualitative Steuerung gesprochen worden.)
- Berechnung und Zusammensetzung der Kreis- und insbesondere Schulumlage (die Schulumlage sei kostendeckend zu erheben und könne von Jahr zu Jahr, z.B. in Folge der Investitionstätigkeit des Kreises, Schwankungen unterliegen, ein Ausgleich sei durch entsprechenden Vortrag im nächsten Haushaltsjahr vorzunehmen, an der Gesamthöhe beider Umlagehebesätze, vom Kreistag derzeit mit 53,75 % beschlossen, ändere sich dadurch nichts; die gesetzliche Höchstgrenze liege bei 58 %)
- Ermittlung der Personalkosten bei Querschnittsämtern für anteilig tangierte Produkte an den Beispielen der Produkte 1010 und 1020 (die Kosten seien derzeit teils gerechnet, teils geschätzt; Arbeitszeitaufzeichnungen erfolgten mit Blick auf den damit verbundenen Aufwand (noch) nicht, seien aber dort, wo es für eine Steuerung sinnvoll erscheine, im Zusammenhang mit späterer interner Leistungsverrechnung denkbar; Abgeordnete Berner bezeichnete das Personal und die Personalkosten als eine der wichtigsten Ressourcen für wirtschaftliches Denken überhaupt, so dass das Instrument der detail-

lierten Arbeitszeitaufzeichnung und Personalkostenermittlung zwecks Steuerung praktisch von Anfang an angewandt werden sollte - Beispiele dafür gebe es zahlreich in anderen Verwaltungen und in der Wirtschaft; Erster Kreisbeigeordneter Metz bat, die Erwartungshaltung etwas zu ändern, da man erst am Anfang des doppelten Haushaltswesens stehe - gleichwohl werde man aber über die Produkte, deren Inhalte und Beschreibungen sowie die Zeit- und Mengenerfassung von Arbeit und den dafür notwendigen neuen Aufwand, wie schon mehrfach ausgeführt, zu gegebener Zeit reden müssen; für die nächste Sitzung wurde am Beispiel von Produkt 1030 um Informationen über die derzeitige Ermittlung des Ansatzes produktbezogener Personalkosten gebeten.

Zurückkommend auf die Beratungen zum Nachtragshaushalt 2007 bat Abgeordneter Ruoff um die seinerzeit erbetenen Informationen zur Haltestelleninfrastruktur im Kreis. Erster Kreisbeigeordneter Metz sagte die für den Ausschuss für Regionalpolitik und Infrastruktur gefertigte Informationsvorlage auch für den Haupt-, Finanz- und Personalausschuss zu.

Im Anschluss an die grundsätzlichen Fragen trat der Ausschuss in die Beratung des Teilhaushalts 1 ein.

Produkt 1010 (Verwaltungsführung und -steuerung):

Es gab Fragen zur Formulierung der Ziele und zu den Kennzahlen, ferner zur geplanten Evaluierung der Sozialverwaltung zur Optimierung von Arbeitsabläufen durch ein externes Büro. Erster Kreisbeigeordneter Metz gab zu Letzterem Erläuterung.

Produkt 1020 (Repräsentation und Kontaktpflege):

Die hier unter anderem exemplarisch geführte Diskussion zu der Produktbeschreibung und zu den anteiligen Personalkosten ist vorstehend unter grundsätzlichen Fragen wiedergegeben.

Die Haushaltsberatungen sollen in der nächsten Sitzung am 7. Dezember 2007 fortgesetzt werden.

**Punkt 9.2.1:**                      **Sicherstellung der Mittagsverpflegung von Kindern "mit Hartz IV Hintergrund"; hier: Prüfauftrag in Bezug auf den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 29. Oktober 2007**  
**Vorlage: 16-0727/2**

Der Punkt wurde bis zur nächsten Sitzung am 7. Dezember 2007 zurückgestellt.

**Punkt 9.3:**                      **Stellenplan für das Haushaltsjahr 2008**  
**Vorlage: 16-0774**

Der Punkt wurde bis zur nächsten Sitzung am 7. Dezember 2007 zurückgestellt.

**Punkt 9.4:**                                   **Haushaltskonsolidierungskonzept 2008 bis 2011**  
**Vorlage: 16-0781**

Der Punkt wurde bis zur nächsten Sitzung am 7. Dezember 2007 zurückgestellt.

**Punkt 10:**                                   **Verschiedenes; Anfragen und Mitteilungen**

**Punkt 10.1:**                                   **Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen; hier: Sozial-**  
**planungsgremium des Kreises**

In der Sitzung wurde entsprechend der Nachfrage und Zusage in der Sitzung am 19. Oktober 2007 eine schriftliche Kurzzusammenfassung über das "Sozialplanungsgremium" des Kreises Bergstraße (gemäß einer Rahmenvereinbarung zwischen dem Land Hessen und den kommunalen Spitzenverbänden über die Grundsätze der Neustrukturierung und Kommunalisierung der Förderung sozialer Hilfen in Hessen) verteilt.

Die Sitzung wurde um 11:00 Uhr durch den Vorsitzenden geschlossen.

Unterzeichnung der Niederschrift:

Vorsitzender:

gez. Schneider

Schriftführer:

gez. Fasser